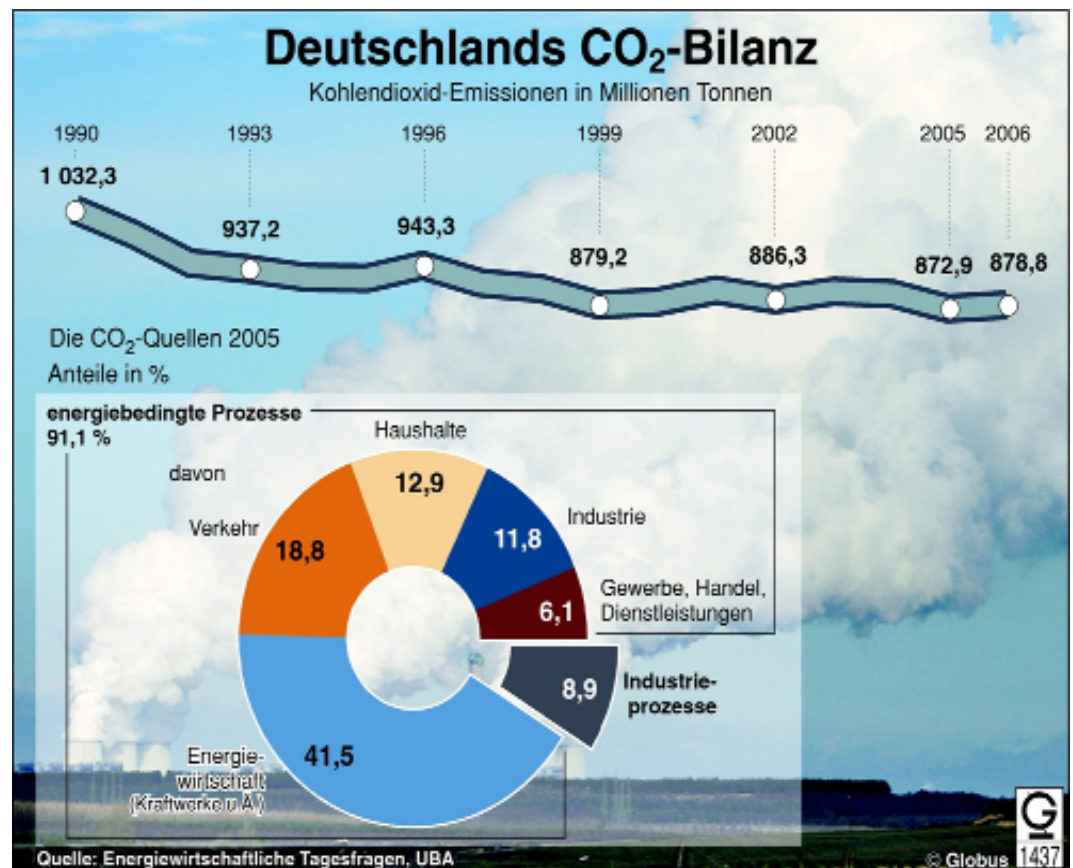


CO₂-Limits für Pkw nur mit Staffelung nach Fahrzeugklassen

Auf scharfe Kritik der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament stößt die Position des Umweltausschusses des Europäischen Parlaments (EP) zu künftigen Grenzwerten beim CO₂-Ausstoß von Pkws. „Ein einheitlicher Grenzwert für jedes Fahrzeug ist vollkommen inakzeptabel und weltfremd. Es wird eine Staffelung nach Fahrzeugkategorien oder -größen geben“, sagten die Unionsabgeordneten Werner Langen, Markus Ferber, Daniel Caspary, Karsten Hoppenstedt und Christoph Konrad.

Der EP-Umweltausschuss hatte in einer Empfehlung an die Kommission für einen einheitlichen Grenzwert von 120 Gramm pro Kilometer plädiert. „Das ist eine vollkommen unverantwortliche und weltfremde Forderung. Ein Fahrzeug der Premiumklasse oder ein Familienwagen kann niemals einen so niedrigen CO₂-Ausstoß erreichen wie ein Kleinwagen. Würde diese Einzelmeinung des Umweltausschusses in die Tat umgesetzt, wären weite Teile der Automobilbranche schwer geschädigt. Das kann niemand ernsthaft wollen“, so die Europaabgeordneten von CDU und CSU.

Bis zum Plenarvotum müssen jetzt eine vernünftige Lösung



erarbeitet werden. „Es liegen gute Vorschläge auf dem Tisch, wie die Grenzwerte so gestaltet werden können, dass am Ende ein ambitionierter Durchschnittswert für alle Fahrzeuge herauskommt. Eine Staffelung nach Größe oder Gewicht wird es geben müssen. Dann müssen

für jede Fahrzeugklasse große Anstrengungen unternommen werden. Wir brauchen Chancengleichheit für alle Hersteller und Modellpaletten“, so die Unions-Abgeordneten.

„Europa hat die Chance, Umwelt und Industrieinteressen zum Ausgleich zu bringen. Mit modernen und sparsamen

Modellen können die europäischen Hersteller in jeder Fahrzeugklasse Maßstäbe setzen. Das geht aber nur mit einem realistischen Modell für die CO₂-Grenzwerte. Das hat auch Bundeskanzlerin Angela Merkel bei der Eröffnung der IAA klargestellt“, sagten Langen und Ferber.

HERBERT REUL:

Kernkraft spielt wichtige Rolle

Europa muss führend in der Energietechnologie bleiben

Der Einsatz von Kernkraft bekommt zunehmende Unterstützung aus dem Europäischen Parlament. Der Industrienausschuss des Europäischen Parlaments verabschiedete den Bericht des CDU-Europaabgeordneten Herbert Reul zur Energietechnologie. Dort heißt es, die Kernenergie trage „wesentlich zum Klimaschutz bei“. Weiter stellen die Abgeordneten fest, dass „die Klimaschutzziele ohne Kernenergie nicht zu erreichen“ sind.

„Wir haben deutlich gemacht, dass Klimaschutz und Versorgungssicherheit die Hauptaspekte der EU-Energiepolitik sein müssen. Aus diesem Grunde ist auch die Kernenergie wieder eine mittelfristige Option, die nicht unge-



Herbert Reul MdEP

nutzt bleiben darf. Das ist eine neue und interessante Tonlage, die quer über fast alle Fraktionen reicht“, sagte der energiepolitische Sprecher der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament.

Es dürfe bei der Energiepolitik keine Denkverbote geben. „Verbote sind überhaupt ein destruktiver Ansatz. Jedes Land muss vorurteilsfrei prüfen, wie die Energieversorgung kostengünstig, sicher und möglichst klimaschonend erfolgen kann. Dabei müssen alle Arten der Energieerzeugung eingesetzt werden können, auch die Kohle, wenn die CO₂-Abscheidung perfektioniert ist“, so Reul.

Die Abgeordneten stellen auch fest, dass die Entsorgung nuklearen Abfalles „technisch gelöst“ ist. „Es ist lediglich ein politisches Problem. Man muss endlich die Lagerstätten nutzen, die vorhanden sind und eine sichere Endlagerung ermöglichen“, sagte

der CDU-Europaabgeordnete. Anträge, die die Entsorgung als ungelöst bezeichnen wollten, wurden mit deutlicher Mehrheit abgelehnt.

Reul sieht in dem Votum neue Chancen für die europäische Energiebranche. „Europa ist führend bei moderner Kraftwerkstechnologie. Der steigende Energiebedarf etwa in Schwellenländern kann mittelfristig nur mit dem Einsatz der Kernenergie bewältigt werden, wenn wir den CO₂-Ausstoß im Griff behalten wollen. Moderne und sichere Kraftwerke mit einem hohen Wirkungsgrad können die Europäer bauen. Diesen Vorsprung bei der Energietechnologie sollten wir gewinnbringend und klimaschützend nutzen.“

LUTZ GOEPEL:

Aussetzung der Flächenstilllegung bei Getreide ist richtig

Grundergrundsätzlich begrüßt hat der agrarpolitische Sprecher der EVP-ED-Fraktion, Lutz Goepel, den Vorschlag der EU-Kommission, die obligatorische Stilllegung von Getreideanbauflächen in der Europäischen Union für 2008 auszusetzen: „Die Nachfrage nach Getreide und Getreideprodukten hat in den letzten Monaten stark angezogen. Die Kommission reagiert damit richtig auf die Weltmarktentwicklung. Ich appellie-

re deshalb an den Rat, dem Kommissionsvorschlag zu folgen und den europäischen Landwirten zusätzliche Einkunftsmöglichkeiten zu eröffnen“.

Der CDU-Europaabgeordnete aus Sachsen sagte weiter, dass der ursprüngliche Zweck der Flächenstilllegung, nämlich der Abbau von Überschüssen, zwar grundsätzlich richtig gewesen sei. „Inzwischen hat sich aber die Gesamtsituation auf den Agrarmärkten völlig

verändert. Die Märkte sind leergefegt und die steigende Nachfrage nach Bio-Kraftstoffen wird diese Situation eher noch verschärfen. Die Kommission und die Mitgliedstaaten müssen deshalb reagieren und die obligatorische Flächenstilllegung aussetzen. Dies wäre zudem ein erster Schritt hin zur völligen Abschaffung der Flächenstilllegung“.

Lutz Goepel betonte, es sei schon immer eine Kernforderung der EVP-ED-Fraktion gewesen, dass die europäischen Landwirte von ihren Produkten auf den Weltmärkten auch leben können. „Diese gute Ausgangsposition ist jetzt da und wir sollten sie dann auch nutzen. Die von der Kommission geplante Befristung des Moratoriums ist akzeptabel, um die Marktentwicklung noch besser einschätzen zu können. Ange-



Lutz Goepel MdEP

sichts des wachsenden Bedarfs an Agrarprodukten in den Schwellenländern ist aber langfristig eher noch von einem steigenden Flächenbedarf auszugehen. Davon können dann neben dem Getreide auch andere Agrarprodukte wie Milch, Gerste oder Mais profitieren“, so der EVP-Agrarpolitiker abschließend.

Europaparlament will Verordnung zu Flüssigkeiten

Die Verordnung zur Kontrolle von Flüssigkeiten im Handgepäck von Flugreisenden soll aufgehoben werden, falls die Kommission keine neuen Fakten vorlegen kann. Das hat das Europäische Parlament gefordert. Das Plenum billigte einen entsprechenden Antrag der EVP-ED-Fraktion. „Ein Sicherheitsgewinn bei der Terrorismusbekämpfung ist nicht ersichtlich. Mit den Verzögerungen und den Unannehmlichkeiten für die Passagiere muss Schluss sein“, sagte der verkehrspolitische Sprecher der größten EP-Fraktion, **Georg Jarzembowski** (CDU).

MANFRED WEBER:

Praktikable Regeln zur Rückführung illegaler Immigranten notwendig

Rat muss Richtlinie endlich annehmen

Für die Rückführung von Drittstaatsangehörigen, die sich illegal in der EU aufhalten, sollen künftig gemeinsame Standards gelten. Der Innenausschuss des Europäischen Parlaments verabschiedete eine entsprechende Richtlinie. „Wir sind für praktikable Standards. Rückführungen müssen zügig erfolgen können. Gleichzeitig sind humanitäre Mindestanforderungen gewährleistet“,

sagte der Berichterstatter des Europäischen Parlaments und innenpolitische Sprecher der EVP-ED-Fraktion, Manfred Weber (CSU).

Die neue Richtlinie sieht ein Wiedereinreiseverbot für illegal aufhältige Personen vor. Dieses Verbot ist für die gesamte EU gültig und kann nach fünf Jahren verlängert werden. Die Mitgliedstaaten informieren sich gegenseitig über die Einreiseverbote. „Das verhindert ein Aus-



Manfred Weber MdEP

weichen über andere EU-Länder“, so der CSU-Europaabgeordnete.

Die Tatbestände „Gefährdung der öffentlichen Sicherheit“ und Fluchtgefahr sollen es ermöglichen, die abzuschleppende Person in Gewahrsam zu nehmen. „Das ist eine echte Verbesserung, etwa bei so genannten Hasspredigern, denen keine andere Straftat nachgewiesen werden kann“, sagte Weber.

Nun ist der Rat am Zuge, die neuen Standards anzunehmen. „Wir als Parlament haben einen breiten Konsens über die Rückführung der illegal Aufhältigen erreicht. Der Rat muss endlich seine Blockadehaltung aufgeben. Wir können es uns in der EU nicht mehr leisten, dass jedes Land bei der Bekämpfung der illegalen Einwanderung sein eigenes Süppchen kocht“, sagte der Berichterstatter des Europäischen Parlaments.

■ Ferber „Verkehrspolitiker des Jahres“

Der Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, **Markus Ferber**, ist zum „Verkehrspolitiker des Jahres“ gewählt worden. Die Auszeichnung wurde vom Fachmagazin Deutsche Verkehrszeitung (DVZ) vergeben. Ferber bekam die Auszeichnung aufgrund seiner Arbeit als Berichterstatter des Europäischen Parlaments für die Postliberalisierung in Europa. Die Preisverleihung in Anwesenheit von Bundesverkehrsminister Wolfgang Tiefensee fand anlässlich des 60. Geburtstages der DVZ statt.

■ Stoiber soll EU-Expertengruppe leiten

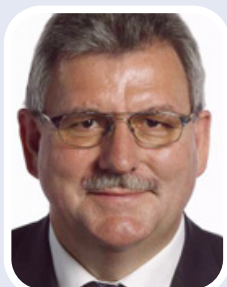
Als „Glücksfall für Europa“ begrüßte der Vorsitzende der CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, **Markus Ferber**, die geplante Ernennung von Edmund Stoiber zum Vorsitzenden einer hochrangigen EU-Expertengruppe zum Bürokratieabbau.

Ferber: „Der Abbau von Bürokratie ist ein Kernanliegen der bayerischen Politik. Unser Ziel ist die Verringerung von unnützen Vorschriften nicht nur in Bayern, sondern auch auf EU-Ebene. Dank Edmund Stoibers Erfahrung im Vollzug von europäischem Recht kann beim Bürokratieabbau in Europa der Durchbruch gelingen.“

■ EP-Rechtsausschuss lehnt Bodenschutz-Richtlinie ab

Im Europaparlament wächst der Widerstand gegen eine EU-Bodenschutzrichtlinie. Der Rechtsausschuss lehnte den Vorschlag der Kommission ab. „Wir haben den Vorschlag wegen des Verstoßes gegen den Grundsatz der Subsidiarität zurückgewiesen. Wir sind zu dem Ergebnis gekommen, dass der Bodenschutz Sache der Mitgliedstaaten ist.“, sagte der Berichterstatter des Rechtsausschusses und stellvertretende Vorsitzende der EVP-ED-Fraktion, **Hartmut Nassauer** (CDU). „Der Boden ist eine Substanz, die in aller Regel keine grenzüberschreitende Wirkung entfaltet. Bodenschutz ist daher ein örtliches oder regionales Problem, dessen Lösung damit in die Kompetenz der Mitgliedstaaten fällt. Es gibt auch keinen offensichtlichen Grund, europäisches Bodenschutzrecht zu harmonisieren. „Es ist nicht ersichtlich, dass ein solcher Vorgang einen europäischen Mehrwert entfaltet“, so der CDU-Europaabgeordnete.

Sarkozy-Attacken auf EZB sind reines Ablenkungsmanöver



Werner Langen MdEP

Scharf kritisiert hat der Vorsitzende der CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, **Werner Langen**, die jüngste Kritik des französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy an der Zinspolitik der Europäischen Zentralbank (EZB). „Die Angriffe des französischen Staatspräsidenten auf die EZB werden auch durch ständige Wiederholungen nicht überzeugender. Tatsache bleibt, dass die moderate Zinspolitik der EZB wirtschaftliche und finanzpolitische Stabilität sowie unter anderem ein Allzeithoch gegenüber dem Dollar bewirkt hat. Sarkozy muss die politische Unabhängigkeit der Zentralbank endlich akzeptieren, zumal er sowohl in der

Eurogruppe als auch bei den Notenbankchefs der übrigen Mitgliedstaaten isoliert ist“, betonte Langen in Brüssel. Sarkozy wolle davon ablenken, dass Frankreich mit der Haushaltskonsolidierung nicht voran komme.

Impressum

UNION IN EUROPA – Informationen der EVP-ED-Fraktion im Europäischen Parlament. Für den Inhalt verantwortlich: Dr. Werner Langen MdEP, Markus Ferber MdEP. Redaktion: Stephan Mock, CDU/CSU-Gruppe im Europäischen Parlament, Deutscher Bundestag, W 60, 11011 Berlin, Telefon 030-227-75775, E-Mail: stephan.mock@cducsu.de.

Weitere aktuelle Informationen finden Sie unter: <http://www.evp-ed.eu>

WEITER